

Steffen Kailitz (Hg.)

# Nach dem »Großen Krieg«

Vom Triumph zum Desaster der Demokratie  
1918/19 bis 1939



**V&R** Academic

Schriften des Hannah-Arendt-Instituts  
für Totalitarismusforschung

Herausgegeben von Clemens Vollnhals

Band 62

Vandenhoeck & Ruprecht

# Nach dem „Großen Krieg“

Vom Triumph zum Desaster  
der Demokratie 1918/19 bis 1939

Herausgegeben von Steffen Kailitz

Vandenhoeck & Ruprecht

Umschlagabbildung: Fackelzug in Berlin 30.1.1933, Adolf Hitler an einem Fenster der Reichskanzlei grüßt die in der Wilhelmstraße versammelte Menge.

Quelle: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISSN 2198-7459

e-ISBN PDF 978-3-647-36974-7

Weitere Ausgaben und Online-Angebote  
sind erhältlich unter [www.v-r.de](http://www.v-r.de).

Mit 7 Abbildungen und 25 Tabellen.

© 2017, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen /  
Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Bristol, CT, U.S.A.  
[www.v-r.de](http://www.v-r.de)

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der  
vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Satz: Hannah-Arendt-Institut, Dresden

## Inhalt

Einleitung	9
I. Vergleichende Betrachtungen	25
<i>Steffen Kailitz</i> Nach dem „Großen Krieg“ – vom Triumph zum Desaster der Demokratie 1918/19 bis 1939	27
<i>Uwe Backes</i> Liberale Hegemonie vor 1914 und das Überleben von Demokratien der Zwischenkriegszeit	51
<i>Jens Hacke</i> Die Krise des politischen Liberalismus in der Zwischenkriegszeit. Theoriegeschichtliche Sondierungen	69
<i>Arnd Bauerkämper</i> Der „Große Krieg“ als Beginn: das Verhältnis zwischen traditionellen Ordnungskonzepten, Faschismus und Autoritarismus	89
<i>Christoph Gusy</i> Die Verfassungen der Zwischenkriegszeit in Mitteleuropa	113
<i>Jørgen Møller/Svend-Erik Skaaning</i> Democratic Spells in Interwar Europe – the Borderline Cases Revisited	139
<i>Ekkart Zimmermann</i> Die Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre als Folge gescheiterter Globalisierung: Nachkriegsfolgen und der Untergang von Demokratien	165
<i>Dirk Berg-Schlosser</i> Bedingungen der Demokratie in Europa in der Zwischenkriegszeit – zentrale Befunde eines international vergleichenden Forschungsprojekts	181

II. Überlebende Demokratien	217
<i>Thomas Raithel</i> Behauptung und Erosion der parlamentarischen Demokratie in Frankreich 1918 bis 1940	219
<i>Peter Brandt</i> Nordische Demokratie als Alternative zu Diktatur und Status-quo-Liberalismus – Nordeuropa in der Zwischenkriegszeit	243
<i>Alan Siaroff</i> Democratic Breakdown versus Democratic Stability A Comparison of Interwar Estonia and Finland	269
III. Gescheiterte Demokratien	291
<i>Günther Heydemann</i> Die faschistische Machtterringung in Italien 1922 – ein welthistorisches Ereignis	293
<i>Heidi Hein-Kircher</i> Zum Wechselspiel von verpasster Konsolidierung, Demokratielkritik und Diskursen der Versicherheitlichung in der Zweiten Republik Polens (1918 bis 1926)	317
<i>Ursula Büttner</i> Die Zerstörung der Weimarer Republik	339
<i>Everhard Holtmann</i> Verpasste Konsolidierung. Das Scheitern der Demokratie in Österreich in der Zeit zwischen den Weltkriegen – Verlaufsmuster und Ursachen	363
<i>Nathalie Patricia Soursos</i> Griechenland – von der Krise des Parlamentarismus bis zum Scheitern der Demokratie (1922 bis 1936)	385
<i>Sören Brinkmann</i> Demokratie ohne Demokratie? Das Scheitern der Zweiten Republik in Spanien (1931–1936)	407

*Inhalt*

7

IV. Anhang	431
Abkürzungsverzeichnis	433
Personenverzeichnis	436
Autorenverzeichnis	440





## Einleitung

*Steffen Kailitz*

Was lehrt uns die Krise der Demokratie zwischen den Kriegen für die gegenwärtige Krise der Demokratie?

Zwischen 1918/19 und 1939, in kaum mehr als zwei Jahrzehnten, erlebte die moderne Massendemokratie ihre größten Triumphe und ihre bittersten Niederlagen. Die Zeit zwischen dem Ende des Ersten und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs ist die Achsenzeit<sup>1</sup> der modernen Demokratie, in der sich alle Formen ihres Werdens und Vergehens manifestierten. Den Beginn der Achsenzeit läutete das sich abzeichnende Ende des „Großen Kriegs“ ein.<sup>2</sup> Der Kriegsausgang war eine „kritische Weiche“<sup>3</sup> der modernen Weltgeschichte. Monarchische Nicht-Demokratien, autokratischer und konstitutioneller Form, wurden mit dem Beginn der Februarrevolution 1917 in Russland in weiten Teilen Europas nun nach und nach hinweggefegt. Die Zahl der Demokratien „explodierte“ in diesen Jahren nahezu. Der Historiker und Politikwissenschaftler James Bryce verkündete, der weltweite Sieg der Demokratie als einzig legitime Staatsform stehe nun unmittelbar bevor.<sup>4</sup>

Mit der „Oktoberrevolution“ begann aber bereits Ende 1917 in Russland die Ära des Kommunismus. Als neu aufkommende Regimealternative von rechts formierten sich zudem in Italien, Österreich und Deutschland bald nach dem Ersten Weltkrieg faschistische und nationalsozialistische Bewegungen. Bis 1939 brachen alle Demokratien in Zentral- und Osteuropa mit Ausnahme von Finnland,

- 1 Den Terminus „Achsenzeit“ prägte Karl Jaspers, *Vom Ursprung und Ziel der Geschichte*, München 1949.
- 2 Die Bezeichnung als „Großer Krieg“ war in der Zwischenkriegszeit u. a. in Frankreich, Italien und Großbritannien gebräuchlich. Von einem Weltkrieg sprach man zunächst fast nur in Deutschland.
- 3 Vgl. zum im historischen Institutionalismus entwickelten Konzept der „kritischen Weichen“: Giovanni Capoccia/Daniel R. Kelemen, *The Study of Critical Junctures: Theory, Narrative, and Counterfactuals in Historical Institutionalism*. In: *World Politics*, 59 (2007) 3, S. 341–369; Hillel David Soifer, *The Causal Logic of Critical Junctures*. In: *Comparative Political Studies*, 45 (2012) 12, S. 1572–1597.
- 4 Vgl. James Bryce, *Modern Democracies*, New York 1921.

der Schweiz und der Tschechoslowakei<sup>5</sup> zusammen. In Südeuropa überlebte – ob in West oder Ost – keine einzige Demokratie. Lediglich die – in der Regel bereits relativ lange etablierten – Demokratien im Nordwesten Europas und in den angelsächsischen Siedlerkolonien Australien, Kanada, Neuseeland und USA überlebten den stürmischen Kampf der Regimealternativen im Zeichen der politisch und wirtschaftlich extrem turbulenten Zwischenkriegsperiode.

Wie der Ausgang des „Großen Kriegs“ war der Zusammenbruch des sowjetkommunistischen Imperiums im „Epochenjahr“ 1989/90 eine „kritische Weiche“ der Historie. Demokratie und Kapitalismus<sup>6</sup>, so jubelte der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama anlässlich des Zeitenbruchs in sinngleicher Weise wie Bryce nach dem „Großen Krieg“, seien nun alternativlos und würden sich nun nach und nach weltweit durchsetzen. Die Zukunft lässt sich allerdings wohl kaum in einer linearen Weise bis zu einem „Ende der Geschichte“ vorhersagen. Sie hängt nämlich keineswegs nur von der Entwicklung sozioökonomischer Strukturen, sondern stets und vor allem auch vom konkreten Zusammenspiel des schwer kalkulierbaren Handelns von enorm vielen Menschen ab. So überrascht es kaum, dass sich auch die Prophezeiungen Fukuyamas nicht erfüllten. Recht rasch zeigte sich nach dem „Epochenjahr“ 1989/90, dass mehr und mehr der Staaten, die gerade autokratische Strukturen abgeschüttelt hatten, auf ihrem Weg in die Demokratie stockten und stolperten. Es fiel in vielen Fällen wie Russland unter Vladimir Putin immer schwerer zu sagen, ob man eine Demokratie oder Autokratie vor sich hat.<sup>7</sup> Spätestens seit Anfang der 2000er-Jahre ist auch optimistisch gesinnten Beobachtern klar geworden, dass „hybride Regime“<sup>8</sup>, die demokratische und autoritäre Merkmale aufweisen, häufig dauerhafter Natur und keineswegs nur eine zeitweilige Zwischenstation auf der Strecke von der Autokratie zur Demokratie sind.<sup>9</sup> Fast alle autoritären Regressionen fanden zunächst in den neuen –

- 5 Im Falle der Tschechoslowakei lässt sich zudem darüber streiten, ob sie zu den Ausnahmen zu zählen ist. Unumstritten ist, dass die Demokratie in der Tschechoslowakei die Zwischenkriegszeit nicht überstand. Vgl. zur Problematik der Einstufung der „Grenzfälle“ von Scheitern und Überleben der Demokratie die Beiträge von Steffen Kailitz sowie von Jørgen Møller und Svend-Erik Skaaning in diesem Buch.
- 6 Dies ist der von Fukuyama selbst gewählte Begriff zur Bezeichnung der Wirtschaftsordnung in den westlichen Demokratien. Während in Deutschland der Kapitalismusbegriff vor allem von Rechtsliberalen ab und an geradezu als kommunistisches Schimpfwort verfeimt wird, dominiert der – wertneutral gebrauchte – Begriff „capitalism“ in den angelsächsischen Sozialwissenschaften deutlich über den Terminus „market system“. Vgl. Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, New York 1992.
- 7 Vgl. u. a. Petra Bendel/Aurel Croissant/Friedbert W. Rüb (Hg.), *Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*, Opladen 2002.
- 8 Vgl. u. a. Alexander Schmotz, *Hybride Regime*. In: Raj Kollmorgen/Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Wagoner (Hg.), *Handbuch Transformationsforschung*, Wiesbaden 2015, S. 561–567.
- 9 Vgl. Thomas Carothers, *The End of the Transition Paradigm*. In: *Journal of Democracy*, 13 (2002) 1, S. 5–21.

und damit besonders gefährdeten – Demokratien und/oder an der wenig beachteten armen „Peripherie“ der demokratischen Welt statt. Die Entwicklung der „postimperialen“ Demokratie in Russland wies angesichts eines Traums verlorener Größe und enormer Gebiets- und Bevölkerungsverluste zahlreiche Gemeinsamkeiten mit der Entwicklung der „postimperialen“ Demokratie Weimars auf. Der Fall der „postimperialen“ Demokratie in Russland markierte einen bislang unterschätzten Wendepunkt der jüngsten Geschichte.<sup>10</sup> Von diesem Scheitern der Demokratie ging eine Signalwirkung aus. Es bedarf auch schlicht zumindest einer starken autokratischen Großmacht wie Deutschland in der Zwischenkriegszeit oder Russland unter Putin in der Gegenwart, um einen wirksamen Zug von der Demokratie in Richtung Autokratie zu entfalten. Mit Russland und China bildeten nun gleich zwei autokratische Großmächte einen Gegenpol zur demokratischen Welt.<sup>11</sup> Die zunehmende wirtschaftliche Stärke Chinas trug zudem dazu bei, dass vor in sich entwickelnden Staaten neue Zweifel an der wirtschaftlichen Überlegenheit einer liberaldemokratischen Regimeform aufkeimten. Seit dem Beginn der „Großen Rezession“,<sup>12</sup> deren Gipfel die Finanzkrise 2007 bis 2009 darstellt, bahnte sich dann über autoritäre Rückschritte in den EU-Mitgliedsstaaten Ungarn und Polen die Krise der liberalen Demokratie ihren Weg in die Herzkammern der liberalen Demokratie in Westeuropa und Nordamerika.<sup>13</sup> Anfang 2017 sind die Risse in der Fassade der westlichen Demokratie kaum mehr zu übersehen.<sup>14</sup> Die Stimmen der Warner, die die Demokratie in einer tiefen weltweiten Krise sehen, sind zu einem

10 Vgl. Steffen Kailitz/Andreas Umland, *Why the Fascists Won't Take Over the Kremlin (for Now): A Comparison of Democracy's Breakdown and Fascism's Rise in Weimar Germany and Post-Soviet Russia*, Moscow 2010.

11 Vgl. Azar Gat, *The Return of Authoritarian Great Powers*. In: *Foreign Affairs*, 86 (2007) July/August, S. 59–69.

12 Die Nachwirkungen der „Großen Rezession“ für die gegenwärtige Demokratiekrise sind groß. Nicht wenige Ökonomen warnen zudem – was für die Beurteilung der Zukunftsprognosen der Demokratie keineswegs unerheblich ist –, dass die Lage der Weltwirtschaft wegen einer ausgebliebenen grundlegenden Reform des Bankensystems weiterhin stark durch eine neue fundamentale Wirtschaftskrise gefährdet ist. Vgl. für Beurteilungen der „Großen Rezession“ und einen Vergleich mit der „Großen Depression“ der Zwischenkriegszeit: Cristina Peicuti, *The Great Depression and the Great Recession: A Comparative Analysis of their Analogies*. In: *The European Journal of Comparative Economics*, 11 (2014) 1, S. 55–78; Peter Eigner/Thomas S. Umlauf, *The Great Depression(s) of 1929–1933 and 2007–2009? Parallels, Differences and Policy Lessons*, Vienna 2015.

13 Vgl. u. a. Daniel Brühlmeier/Philippe Mastrorardi (Hg.), *Demokratie in der Krise. Analysen, Prozesse und Perspektiven*, Zürich 2016; Wolfgang Merkel (Hg.), *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, Wiesbaden 2015.

14 Bereits 2015 widmete das 1990 mit demokratischer Euphorie gestartete „*Journal of Democracy*“ ausgerechnet seine Ausgabe zum 25-jährigen Jubiläum dem Thema „*Democracy in Decline*“. Vgl. zur Begründung das Editorial von Marc Plattner, *Is Democracy in Decline?* In: *Journal of Democracy*, 26 (2015) 1, S. 5–10.

unüberhörbaren Chor angeschwollen.<sup>15</sup> Das mehrheitliche Votum der Briten für den Brexit, also den Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union, und vor allem der Schock über den Sieg des Rechtspopulisten Donald Trump über Hillary Clinton bei den Präsidentschaftswahlen in den USA 2016 erschütterten das Grundvertrauen in die Beständigkeit der liberalen Demokratie in einem seit dem Zweiten Weltkrieg ungekanntem Ausmaß. Auch in Westeuropa erreichen die Wahlergebnisse rechtspopulistischer und -extremistischer Parteien neue Rekorde.

Dieser Band will auf der Grundlage von Fallanalysen und vergleichenden Studien die Gründe für das Überleben und Scheitern von Demokratien in der Zwischenkriegszeit herausarbeiten. Er soll auch dazu beitragen, ein weiter reichendes Erklärungsmodell zu entwickeln, auf dessen Grundlage auch Lehren für die gegenwärtige Krise der Demokratie gezogen werden können. Trotz der grundlegenden Bedeutung der Thematik dieses Bandes für die Transformationsforschung<sup>16</sup> ist bis in die jüngste Zeit hinein eine Vernachlässigung autoritärer Regressionen und der Übergänge von der Demokratie zur Diktatur zu verzeichnen.<sup>17</sup> Gerade die Achsenzeit der modernen Demokratie zwischen den Kriegen findet in der Transformationsforschung noch zu wenig Beachtung.<sup>18</sup>

Immerhin gibt es aber inzwischen bereits eine ganze Reihe hervorragender Forschungsarbeiten zu einzelnen Ländern, Ländergruppen oder zur Untersuchung des Einflusses bestimmter Faktoren auf die Regimeentwicklung der Zwischenkriegszeit, vor allem aus den Geschichts-<sup>19</sup>

15 Vgl. Jakob Augstein, US-Wahl: Trump des Willens. In: Spiegel Online vom 11.11.2016; Jochen Bittner, Demokratie: Läuft ihre Zeit ab?, Die Zeit vom 2.6.2016; Josef Joffe, Oh my god! Was auf die Welt zukommt. In: Die Zeit vom 10.11.2016; Mark Mazower, From Dawn to Dusk. European democracy enters dangerous times, Financial Times vom 31.1.2015.

16 Vgl. als sehr gute Übersicht zum Stand der Forschung: Raj Kollmorgen/Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Wagoner (Hg.), Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015.

17 Zu den Ausnahmen zählt Gero Erdmann/Marianne Kneuer (Hg.), Regression of Democracy? Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft Sonderheft 1/2011, Wiesbaden 2011.

18 Eine Ausnahme ist etwa das hervorragende Werk von Kurt G. Weyland, Making Waves: Democratic Contention in Europe and Latin America since the Revolutions of 1848, Cambridge 2014. Derzeit bereiten Steffen Kailitz am HAIT in Dresden sowie Jørgen Møller und Svend-Erik Skaaning an der Universität Aarhus Monographien auf der Grundlage breit angelegter Projekte zur Demokratieentwicklung in der Zwischenkriegszeit vor, die zur Abhilfe beitragen sollen.

19 Vgl. statt vieler Boris Barth, Europa nach dem Großen Krieg die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit: 1918–1938, Campus 2016; Robert Gerwarth (Hg.), Twisted Paths. Europe 1914–1945, Oxford 2007; Gunther Mai, Europa 1918–1939: Mentalitäten, Lebensweisen, Politik zwischen den Weltkriegen, Stuttgart 2001; Horst Möller, Europa zwischen den Kriegen, München 1998; Martin Kitchen, Europe Between the Wars. A Political History, London 2006; Karl J. Newman, European Democracy Between the Wars, Notre Dame 1971; Robert Alastair Clarke Parker, Europa 1918–1945, Frankfurt a. M. 1993; Adam Tooze, Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931, München 2015.

und Sozialwissenschaften,<sup>20</sup> auf die die weitere Forschung aufbauen kann. Allerdings besteht bislang – bis auf wenige Ausnahmen<sup>21</sup> – das Problem, dass Erkenntnisse aus den Sozialwissenschaften in den Geschichtswissenschaften oft nicht genügend zur Kenntnis genommen werden und umgekehrt. Dieser Sammelband will die verschiedenen Linien der gegenwärtigen Forschungen zu den Übergängen von der Demokratie zur Diktatur in der Zwischenkriegszeit aus den Sozialwissenschaften und der Geschichtswissenschaft zusammen- und weiterführen.

Der erste Teil dieses Bandes umfasst vergleichend angelegte Beiträge. Der Einleitung folgt ein programmatisch angelegter Überblicksbeitrag von Steffen Kailitz (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung – HAIT, Dresden), der die Zwischenkriegszeit aus der Perspektive einer globalen Demokratiegeschichte unter die Lupe nimmt. Aus diesem Blickwinkel vereint die Zwischenkriegszeit Elemente des Aufstiegs und Triumphs der Demokratie mit Elementen ihres Niedergangs und Desasters. In der kurzen Periode von Anfang 1919 bis Mitte 1920 „explodierte“ die Zahl der Demokratien nahezu. Dem von Zeitgenossen euphorisch gefeierten Siegeszug der Demokratie folgten zunächst Ernüchterung und eine Reihe von Reautokratisierungen neuer Demokratien in der ersten Hälfte der 1920er-Jahre, bevor schließlich in den 1930er-Jahren die durch die Weltwirtschaftskrise angestoßene bislang tiefste Krise der Demokratie folgte, die auch die etablierten Demokratien erfasste. Weder zuvor noch danach fielen in einem so kurzen Zeitraum wie 1933/34 so viele Demokratien, darunter erstmals auch Demokratien in fortgeschrittenen Industriestaaten wie Deutschland und Österreich.

Uwe Backes (HAIT, Dresden) ordnet die Zwischenkriegszeit auf andere Weise in die globale Demokratiegeschichte ein, indem er die Bedeutung einer „liberalen Hegemonie“<sup>22</sup> vor 1914 für die Demokratieentwicklung der Zwischenkriegszeit untersucht. Er vertritt die These, dass jene Gesellschaften, in denen das Verfassungsprogramm des liberalen Konstitutionalismus im 19. Jahrhundert zur vollen Entwicklung kam,<sup>23</sup> sich ein hohes Maß an Widerstandskraft gegen einen

20 Vgl. u. a. Nancy Bermeo, *Ordinary People in Extraordinary Times: The Citizenry and the Breakdown of Democracy*, Princeton 2003; Giovanni Capoccia, *Defending Democracy: Reactions to Extremism in Interwar Europe*, Baltimore 2005; Gregory M. Luebbert, *Liberalism, Fascism, or Social Democracy: Social Classes and the Political Origins of Regimes in Interwar Europe*, Oxford 1991; Juan Linz/Alfred Stepan (Hg.), *The Breakdown of Democratic Regimes: Europe*, Baltimore 1978.

21 Zu den Ausnahmen zählen die wegweisenden Beiträge Karl-Dietrich Brachers, die in der Geschichtswissenschaft wie den Sozialwissenschaften hohes Ansehen genießen. Vor allem: Ders., *Die Auflösung der Weimarer Republik: eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Villingen 1960.

22 Vgl. zur Bedeutung einer „liberalen Hegemonie“ für die Demokratieentwicklung in der Zwischenkriegszeit auch Gregory M. Luebbert, *Liberalism, Fascism, or Social Democracy: Social Classes and the Political Origins of Regimes in Interwar Europe*, Oxford 1991.

23 Vgl. zur Entwicklung des liberalen Konstitutionalismus u. a. Uwe Backes, *Liberalismus und Demokratie. Antinomie und Synthese. Zum Wechselverhältnis zweier politischer Strömungen im Vormärz*, Düsseldorf 2000.

autokratischen Rückfall ausgebildet hatte. Beispiele sind Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Norwegen, Schweden und die Schweiz. In Italien endete allerdings trotz langer parlamentarischer Praxis die Demokratie bereits wenige Jahre nach dem Ersten Weltkrieg.<sup>24</sup> Backes folgert daraus, dass eine „liberale Hegemonie“ allein nicht genügt, sondern parlamentarische Demokratien, um über längere Zeit erfolgreich zu sein, sich auch als sozial inklusiv und responsiv erweisen müssen. Sie dürfen demnach die Partizipationsbedürfnisse größerer Bevölkerungssegmente nicht dauerhaft und systematisch zurückdrängen. Wo dies geschehe, drohe die Gefahr, dass politische Akteure eine Mobilisierungskraft entfalteten, die die parlamentarische Demokratie aus den Angeln heben will. Auch dies ist ein Befund, der für die Gegenwart sehr bedeutsam ist. So wird bereits seit etwa einem Jahrzehnt für nahezu alle OECD-Staaten eine zunehmende Partizipations-Repräsentationslücke der unteren Schichten konstatiert.<sup>25</sup>

Beschäftigt sich Backes vorrangig mit der Wirkung der Umsetzung von liberalen Ideen auf die Realgeschichte, dreht Jens Hacke (Hamburger Institut für Sozialforschung) den Tisch und untersucht die Wirkung des Verlaufs der Realgeschichte auf liberale Ideen. Er systematisiert konkret die Krisensymptome der liberalen Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg und ihren Einfluss auf das liberale Denken. Die Begriffe Liberalismus und Demokratie sowie die mit ihnen verbundenen Ideen erlebten laut Hacke in Teilen Europas nach Ende des „Großen Kriegs“ einen Vertrauensverlust – zumal in den Staaten der Kriegsverlierer. Die Etablierung von Demokratie habe sich weithin als deutlich schwieriger erwiesen, als von einigen ihrer Anhänger erwartet. Für den Niedergang der Demokratie in einigen Ländern wird in dem Artikel die jeweilige politische Kultur bzw. ihre eingeübten Praxen als entscheidend angesehen. Die Rolle des Liberalismus bei diesem Prozess sei zwiespältig. Die Anfälligkeit weiter bürgerlicher Kreise für eine Abkehr von liberalen Werten und eine Hinwendung zu autoritären Lösungen habe jedenfalls die Destabilisierung parlamentarischer Demokratien in der Zwischenkriegszeit gefördert.

Arnd Bauerkämper (FU Berlin) deutet den „Großen Krieg“ vor allem als Konflikt zwischen den Ordnungen des liberalen Parlamentarismus und der zentraleuropäischen Monarchien. Die Erschütterungen dieses Konflikts reichten bis in die 1930er-Jahre hinein. Das von diesem Konflikt geprägte Klima förderte laut Bauerkämper das Aufkommen von Kommunismus und Faschismus,<sup>26</sup> aber

24 Vgl. Joseph Baglieri, *Italian Fascism and the Crisis of Liberal Hegemony: 1901–1922*. In: Stein Ugelvik Larsen/Bernt Hagtvet/Jan Petter Myklebust (Hg.), *Who Were the Fascists: Social Roots of European Fascism*, Bergen 1980, S. 318–336.

25 Vgl. Jürgen Kocka/Wolfgang Merkel, *Kapitalismus und Demokratie. Kapitalismus ist nicht demokratisch und Demokratie nicht kapitalistisch*. In: Wolfgang Merkel (Hg.), *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, Wiesbaden 2015, S. 307–338, hier 324.

26 Zum Aufkommen des Faschismus in der Zwischenkriegszeit in vergleichender Perspektive vgl. Arnd Bauerkämper, *Der Faschismus in Europa 1918–1945*, Stuttgart 2006.

auch von neuen autoritären Strömungen und Regimen, die sich auf traditionelle Werte beriefen. Die von Bauerkämper betonte große Bedeutung traditioneller Werte in der geistigen Auseinandersetzung der Zwischenkriegszeit wurde lange vernachlässigt. Die Wahrnehmung der Zwischenkriegszeit als „Zeitalter der Extreme“ dominierte. Er fordert dazu auf, die autoritären Regime der Zwischenkriegszeit, die traditionelle Werte ausbeuteten, stärker zu beachten. Vor allem in den Staaten, die als Verlierer aus dem Krieg hervorgegangen waren, gerieten die Demokratien bereits in den frühen Nachkriegsjahren unter Druck. Erst durch den Eindruck wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Krisen hätten sich die Schlüsselakteure von deren Werten und Ordnungen abgewandt. Angesichts dieser Diagnose stimmt es umso nachdenklicher, dass sich in der Gegenwart bereits allzu viele – auch im bürgerlichen Milieu – von demokratischen Werten abzuwenden scheinen, ohne dass politische und gesellschaftliche Krisen ein ähnlich großes Ausmaß erreicht haben wie in der Zwischenkriegszeit.

Während Backes, Hacke und Bauerkämper in ihren Beiträgen sich vorrangig auf die Wirkung von Ideologien und von Konflikten zwischen den Anhängern der Ideologien auf die Demokratieentwicklung konzentrieren, rückt in Christoph Gusys<sup>27</sup> Untersuchung die Verfassungsordnung der Demokratien der Zwischenkriegszeit in den Mittelpunkt der Bühne. Gusy stellt die Frage, ob die Ursachen des Niedergangs von Demokratien in der jeweiligen Verfassung zu suchen sind. Er arbeitet heraus, dass die Verfassungen der betrachteten mitteleuropäischen Staaten sehr verschieden ausgestaltet waren. Daraus folgert er, dass in vergleichender Perspektive die Anlage der Verfassung ein Scheitern von Demokratien in Mitteleuropa weder verhindert noch verursacht haben kann. Verantwortlich zu machen für das Zusammenbrechen von Demokratien seien vielmehr ökonomische und soziale Gründe, wie etwa geringe gesellschaftliche Homogenität, mangelnde Responsivität und fehlende demokratische Tradition. Aufgrund einer multiethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung hatten neu gegründete Nationalstaaten wie Polen oder die Tschechoslowakei ebenso wie die Kriegsverlierer Deutschland und Österreich, die wichtige Teile ihres Staatsgebietes verloren hatten, mit Identitäts- und Legitimationsproblemen zu kämpfen.<sup>28</sup> Die von vorneherein gefährdete Stabilität der neuen demokratischen Ordnung, an der auch die Zerrissenheit politischer Eliten Anteil hatte, sei durch die desolante wirtschaftliche und soziale Gesamtlage dann zusätzlich belastet worden.

27 Der Autor hat u. a. bereits einen die Forschung anregenden interdisziplinären Sammelband zur Thematik vorgelegt: Christoph Gusy (Hg.), *Demokratie in der Krise: Europa in der Zwischenkriegszeit*, Baden-Baden 2008.

28 Heidi Hein-Kircher und Steffen Kailitz betreuen derzeit ein Themenheft der Zeitschrift „Nationalities Papers“ zum Thema: *The “Double” Transformation. New Perspectives on East Central European Nationalizing and Democratizing States between the Two World Wars.*



Jørgen Møller und Svend-Erik Skaaning (Universität Aarhus) präzisieren in ihrer Analyse die bereits in dem Beitrag von Kailitz angesprochene Grenzziehung zwischen Demokratie und Nicht-Demokratie im Europa der Zwischenkriegszeit.<sup>29</sup> Dazu sichten sie zunächst die vorhandenen sozialwissenschaftlichen Datensätze hinsichtlich der Abgrenzung demokratischer und nicht-demokratischer Perioden europäischer Länder. Bei einigen Ländern machen Møller und Skaaning Differenzen in der bisherigen Einstufung aus, ob und in welchen Zeiträumen sie in der Zwischenkriegszeit demokratisch waren: Bulgarien, Finnland, Italien, Litauen, Portugal, Rumänien, Spanien und Jugoslawien. Gestützt auf die Arbeiten von Historikern zu diesen Ländern kommen sie in den meisten Fällen zu einem klaren Urteil. Nur bei Bulgarien und Jugoslawien ist die Urteilsgrundlage zu schmal und die Informationen zu widersprüchlich, sodass sie diese Länder als tatsächliche „Grenzfälle“ einstufen.

Ekkart Zimmermann (München) untersucht in seinem Beitrag die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre auf das Demokratieschicksal in den zentraleuropäischen Staaten. Er arbeitet heraus, dass die Staaten, in denen die Demokratie scheiterte, keineswegs durchweg besonders stark von der Weltwirtschaftskrise betroffen gewesen seien. Es sind daher weitere Faktoren zur Erklärung der Demokratiezusammenbrüche heranzuziehen – wie etwa die Kriegsniederlage und politisch-kulturelle Traditionen und Gegebenheiten. Wähler- und Elitenpolarisierung, die eine moderate Krisenbewältigung unmöglich machen, sind dabei nach Zimmermann die maßgeblichen Faktoren für das Scheitern von Demokratien. Auch aus diesen Ausführungen lässt sich eine Lehre für die Gegenwart ziehen. Ohne eine Bewahrung der Kompromissfähigkeit der demokratischen Politiker ist weder die Bewältigung großer wirtschaftlicher Krisen noch gar einer Demokratiekrise selbst möglich. Zeiten der Demokratiekrise sind also die falsche Zeit für Demokraten, um sich von Populisten und Extremisten in eine Rechts-Links-Polarisierung treiben zu lassen. Rechte Demokraten dürfen also nicht, wie etwa Nicolas Sarkozy in Frankreich Rechtspopulisten und -extremisten, z. B. in der Flüchtlingspolitik, nach dem Munde reden, und auch für linke Demokraten ist es ganz und gar keine gute Idee in Krisenzeiten der Demokratie eine linkspopulistische Wirtschaftspolitik, etwa im Sinne einer Verstaatlichung der Banken, zu propagieren.

Der Beitrag von Dirk Berg-Schlosser (Marburg) schildert die Ergebnisse eines von ihm gemeinsam mit Jeremy Mitchell geleiteten, breit angelegten interdisziplinären und internationalen Forschungsprojekts.<sup>30</sup> Es stellt einen wahren Meilenstein der transnationalen Demokratieforschung zur

29 Die beiden Autoren zählen international zu den produktivsten Demokratieforschern der Gegenwart. Vgl. u. a. Jørgen Møller/Svend-Erik Skaaning, *Requisites of Democracy: Conceptualization, Measurement, and Explanation*, London 2011.

30 Vgl. Dirk Berg-Schlosser/Jeremy Mitchell (Hg.), *Conditions of Democracy in Europe, 1919–39: Systematic Case-Studies*, New York 2000; ders. (Hg.), *Authoritarianism and Democracy in Europe, 1919–39: Comparative Analyses*, Basingstoke 2002.

Zwischenkriegszeit dar. In umfassender Weise entfaltet Berg-Schlosser in diesem Buch Schritt für Schritt, anhand der Betrachtung von 18 europäischen Demokratien, die Wirkung historischer und sozialer Hintergrundbedingungen, der Auswirkungen des „Großen Kriegs“, weiterer ökonomischer und politischer Entwicklungen und der Weltwirtschaftskrise auf das Demokratieschicksal. Er berücksichtigt auch die Wirtschaftspolitiken und Handlungen zentraler Akteure. Wesentliche Erkenntnisse sind, dass bei den Bedingungen in länger etablierten Demokratien wie Großbritannien in der Zwischenkriegszeit das Positive eindeutig überwog, während in süd- und südosteuropäischen Staaten wie Portugal, Spanien, Italien, Griechenland und Rumänien die Vorzeichen für eine günstige Demokratieentwicklung sehr schlecht waren. Bei den Ländern im „mittleren Bereich“ wie etwa Finnland, Estland, Österreich, Deutschland, Tschechoslowakei und Irland war der Ausgang der Demokratieentwicklung aus struktureller Perspektive offen und hing von weiteren Faktoren ab.

In den Beiträgen des folgenden Teils dominiert der Blick auf Faktoren, die das Überleben von Demokratie in der Zwischenkriegszeit bei unterschiedlich gelagerten Ausgangssituationen ermöglichten. Frankreich gehörte zu den europäischen Staaten, die das demokratische Regime trotz aller fundamentalen Erschütterungen in der Zwischenkriegszeit bewahren konnten. Thomas Raithel (Institut für Zeitgeschichte, München) beschäftigt sich detailliert mit der Demokratieentwicklung der Dritten Französischen Republik.<sup>31</sup> Gerade der Fall Frankreich zeigt dabei, wie dünn die Linie zwischen Scheitern und Überleben einer Demokratie ist. Nachdem der traditionelle französische Parlamentarismus in den 1920er-Jahren noch einmal seine Stärken hatte entfalten können, war er in den 1930er-Jahren immer mehr unter den Druck der politischen Herausforderungen und der sich verändernden Erwartungen geraten. Die französische Demokratie war bereits vor dem militärischen Zusammenbruch von 1940 schwer angeschlagen. Dies trug laut Raithel wesentlich zur parlamentarischen Kapitulation vor Marschall Pétain und zur Etablierung des autoritären Vichy-Regimes bei.

Peter Brandt (FernUniversität in Hagen) wendet den Blick vom Westen Europas in den Norden und fasst die Entwicklung in den in der Demokratiegeschichte noch immer vernachlässigten nordischen Demokratien Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland ins Auge. Unter Berücksichtigung spezifischer Besonderheiten des finnischen Falls untersucht er, warum in diesen Ländern – trotz gesellschaftspolitischer Spannungen und Polarisierung sowie dem Eintritt der Weltwirtschaftskrise mit ihren Folgen – die Demokratie überlebte. Für zentral hält Brandt dabei die Entwicklung des Selbstverständnisses einer „nordischen Demokratie“, das zunehmend auch – und das mag das Überleben dieser Demokratie mit erklären – Finnland prägte. Vor allem gegen Ende der Zwischenkriegsperiode hätten die Bürger der nordischen Demokratien das

31 Vgl. zur Thematik auch Thomas Raithel, *Das schwierige Spiel des Parlamentarismus. Deutscher Reichstag und französische Chambre des Députés in den Inflationskrisen der 1920er-Jahre*, München 2005.

identitätsstiftende Konzept mehr und mehr verinnerlicht. Aus dieser Perspektive erschienen dann Nationalsozialismus, Faschismus und Autoritarismus, ebenso wie der stalinistische Kommunismus, zunehmend als fremde Phänomene.

Alan Siaroff (University of Lethbridge, Kanada) vergleicht in seinem Artikel die Rahmenbedingungen der überlebenden Demokratie in Finnland mit jenen der gescheiterten Demokratie in Estland. Häufig wird die enorme Ähnlichkeit dieser beiden Staaten übersehen: So sind Sprache, Kultur und der Verlauf der Geschichte von Esten und Finnen vor dem Ersten Weltkrieg ausgesprochen ähnlich. Siaroff arbeitet heraus, dass sich darüber hinaus auch der Grad der Homogenität der Gesellschaft, das Regierungssystem sowie die internationalen und regionalen Rahmenbedingungen nahezu gleichen. Als Erklärung für den finnischen Erfolg der Demokratie im Vergleich zum estnischen Misserfolg benennt Siaroff letztlich eine deutlich demokratischere „Zivilkultur“. Hierzu dürfte die Erkenntnis von Brandt komplementär sein, dass sich in Finnland – im Unterschied zu Estland – die Orientierung am Konzept der „nordischen Demokratie“ durchsetzte.

Vergleicht bereits der Beitrag von Siaroff eine gescheiterte mit einer überlebenden Demokratie, konzentriert sich der folgende Teil des Bandes ganz auf die Fälle, in denen demokratische Strukturen in der Zwischenkriegszeit durch nicht-demokratische, sei es autoritäre oder totalitäre, abgelöst wurden. Der Teil ist chronologisch aufgebaut. Er beginnt mit dem zeitlich ersten Demokratiezusammenbruch der Zwischenkriegszeit in Italien 1922 und endet mit dem letzten in Spanien 1936.

Mit Blick auf Italien liegt zwar viel Forschungsliteratur zum Aufkommen des Faschismus vor. Erstaunlich wenige Arbeiten widmen sich aber dem konkreten Ablauf des Demokratiezusammenbruchs<sup>32</sup> und vor allem der langen Vorgeschichte des Demokratiezerfalls. Die Untersuchung Günther Heydemanns (HAIT, Dresden) hilft, dieses Defizit zu verringern. Er nimmt die Gründe in den Blick, die in Italien in langer historischer Perspektive zum raschen Fall nach dem Schritt zur Massendemokratie von 1919 durch den faschistischen Staatsstreich im Jahre 1922 beigetragen haben. Für Heydemann gehen die Ursachen zurück bis in das 19. Jahrhundert. Es sei Italien nicht gelungen, die prekäre soziale Lage großer Teile der Bevölkerung zu verbessern und damit einer wachsenden Entfremdung zwischen einem großen Teil der Bürger und dem Staat entgegenzuwirken. Die sich nach dem Ersten Weltkrieg verschärfenden sozioökonomischen Probleme mündeten in gewalttätigen Auseinandersetzungen und der Kompromissunfähigkeit der Parteien. Dadurch konnten die Faschisten sich als Wahrer von Recht und Ordnung stilisieren und

32 Vgl. hierzu die hervorragende Arbeit von Giulia Albanese, *Mussolinis Marsch auf Rom: Die Kapitulation des liberalen Staates vor dem Faschismus*, Paderborn 2015.

schließlich – mit der notwendigen politischen Unterstützung in den bürgerlichen und besitzenden Schichten – die Macht übernehmen.

Sind schon systematische Untersuchungen zur Demokratieentwicklung Italiens in der Zwischenkriegszeit Mangelware, nimmt die Demokratie- wie die Autokratieforschung noch immer ganz und gar ungenügend die damaligen Regimeentwicklungen im ostmitteleuropäischen Raum in den Blick. Dies ist ein Hauptgrund dafür, dass bis heute zwar das Aufkommen totalitärer Regime in der Zwischenkriegszeit viel diskutiert wird, dagegen die Bedeutung des Entstehens neuer Formen autoritärer Regime weithin unterschätzt wird.<sup>33</sup> Das Regime General Józef Piłsudskis<sup>34</sup> gehört nach dem Mai-Putsch 1926 in Polen in die Reihe dieser neuen autoritären Diktaturen. Nicht zuletzt unterscheiden sich die Formen des Abgleitens einer Demokratie in eine – vergleichsweise weiche – elektorale Autokratie<sup>35</sup> wie in Polen deutlich von der Umwälzung einer Demokratie in eine totalitäre Diktatur wie in Deutschland. Heidi Heine-Kircher (Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung, Marburg) untersucht in ihrem Beitrag detailliert die polnische Demokratieentwicklung nach dem Ersten Weltkrieg. Sie zeigt, dass es Polen angesichts schwerwiegender sozioökonomischer Hypothesen und heftiger – teils kriegerischer – Grenzstreitigkeiten mit fast allen Nachbarn nicht gelang, die parlamentarische Demokratie zu stabilisieren. Sie galt immer weniger polnischen Politikern als vereinbar mit dem vorrangigen Interesse einer Konsolidierung der nach dem „Großen Krieg“ wiedergewonnenen polnischen Staatlichkeit. Aus dieser Perspektive erschien vielen ein Sturz der Demokratie zunehmend als legitimes Mittel, um die polnische Nation vor der Auflösung zu bewahren und nach innen wie nach außen zu stabilisieren. Paradetypisch entfalten sich am polnischen Fall Argumente, die in den Beiträgen von Bauerkämper und Kailitz aus vergleichender Perspektive adressiert werden.

Während der polnische Fall zu den wenig studierten Fällen von Demokratiezusammenbrüchen gehört, gilt das ganz und gar nicht für den Untergang der ersten deutschen Demokratie.<sup>36</sup> Die Erklärungsversuche sind Legion. Laut der Untersuchung einer der besten Kennerinnen der Materie,

33 Vgl. Agnes Laba/Maria Wójtczak, „Aufbruch zur Demokratie?“ – Aspekte einer Demokratieggeschichte Ostmitteleuropas (1918–1939), In: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung, 64 (2015), S. 159–173.

34 Vgl. u. a. Jerzy Kochanowski, Horthy und Piłsudski - Vergleich der autoritären Regime in Ungarn und Polen. In: Erwin Oberländer (Hg.), Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1944, Paderborn 2001, S. 19–94.

35 Vgl. Schedler (Hg.), Electoral Authoritarianism.

36 Vgl. exemplarisch Mario R. Lepsius, Extremer Nationalismus: Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, Stuttgart 1966; Ian Kershaw (Hg.), Weimar: Why did German Democracy Fail?, London 1990; Peter Fritzsche, Wie aus Deutschen Nazis wurden, München 2002; Hans Mommsen, The Rise and Fall of Weimar Democracy, Chapel Hill, NC 1996.

Ursula Büttner<sup>37</sup>, lässt sich das Scheitern der Weimarer Republik auf das Zusammenwirken von drei Grundkomplexen zurückführen: 1. In der Revolution von 1918/19 sei die Demokratisierung der alten Machteliten im Militär, in der Bürokratie, Justiz und Wirtschaft nur ungenügend gelungen. Außerdem seien die Parteien sich ihrer veränderten Rolle in der parlamentarischen Demokratie nicht hinreichend bewusst gewesen. 2. Die mangelnde volle Akzeptanz der Kriegsniederlage habe die Demokratie mit unrealistisch hohen Erwartungen konfrontiert. Der demokratische Staat sei bei der Bewältigung der vielen neuen Aufgaben, besonders im Zuge der tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen durch Krieg und Inflation, überfordert gewesen. 3. Besiegelt worden sei der Untergang der Demokratie durch den Missbrauch der demokratischen Verfassung durch aggressive Demokratiegegner, die an die Spitze des Staates gelangten.

Angesichts der dominanten Bedeutung des Zusammenbruchs der Demokratie in Deutschland für die globale Geschichte wurde bislang auch das Scheitern der Demokratie in Österreich nur äußerst selten systematisch untersucht. In diese Lücke stößt Everhard Holtmann (Zentrum für Sozialforschung, Halle) mit seiner Analyse. Er untersucht Verlaufsmuster und Ursachen des Scheiterns der österreichischen Demokratie in der Zwischenkriegszeit. Dabei ordnet Holtmann die Situation Österreichs in den gesamteuropäischen Kontext ein und vergleicht sie vor allem mit der deutschen Lage nach dem Ersten Weltkrieg. Für das Scheitern der österreichischen Demokratie seien letztlich die weltanschaulichen Gegensätze der politischen Kräfte maßgeblich gewesen, die nicht in der Lage waren, einen verfassungsrechtlichen Grundkonsens zu schaffen. Fehlendes politisches Vertrauen in die Institutionen und scharfe Gegensätze der politischen Lager seien über den Fall Österreich hinaus Faktoren, die maßgeblichen Einfluss auf das Überleben oder Zusammenbrechen einer Demokratie hätten. Dies ist eine Beobachtung, die sich auch auf die Krisenprozesse in Demokratien der Gegenwart übertragen lässt.

Die beiden letzten Beiträge des Buches sind zwei Fällen aus der „Grenzzone“ der Demokratie gewidmet, die als durch und durch defekte Demokratien<sup>38</sup> von Anfang an mit fundamentalen Problemen zu kämpfen hatten. Im Falle Griechenlands ist es in der Forschung sogar umstritten, ob und wie lange die Schwelle zur Demokratie überschritten wurde. Ohne den Blick auf Fälle wie Griechenland, Spanien oder auch Polen bleibt nun aber das Verständnis für die Mechanismen von Reautokratisierungen gänzlich unvollständig.

Der Artikel von Nathalie Patricia Soursos (Universität Wien) analysiert den Zusammenbruch der Demokratie in Griechenland zwischen dem Ende des Griechisch-Türkischen Krieges 1922 und dem Beginn der Metaxas-

37 Vgl. Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008.

38 Vgl. zum Konzept der „defekten Demokratie“: Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Puhle/Aurel Croissant/Claudia Eicher/Peter Thiery, Defekte Demokratie. Band 1: Theorien und Probleme, Opladen 2003.

Diktatur. Acht Putsche fanden statt, bevor im August 1936 schließlich der frühere General Ioannis Metaxas sein Regime etablierte. Als wesentlicher Faktor zur Erklärung der andauernden politischen Krise und damit auch der ausgebliebenen Demokratieetablierung und -konsolidierung dient Sourcos das auf einem fundamentalen Konflikt über die griechische Außenpolitik zwischen Premierminister Eleftherios Venizelos und König Konstantin I. im Jahr 1915/16 zurückgehende „Nationale Schisma“. Seither standen sich in Griechenland Venizelisten und Antivenizelisten unversöhnlich gegenüber.

Unversöhnlichkeit zwischen politischen Strömungen bestimmte letztlich auch das „Scheitern“ der Zweiten Republik Spaniens (1931 bis 1936). Sören Brinkmann (Barranquilla, Kolumbien) zeichnet in seiner Analyse einen sich graduell verschärfenden Prozess des allseitigen politischen Legitimitätsverlustes nach. Dabei griffen strukturelle und konjunkturelle Einflussfaktoren auf komplexe Weise ineinander. Relative sozialökonomische und produktive Rückständigkeit mit entsprechend geringen Verteilungsspielräumen traf im Spanien der 1930er-Jahre nicht nur auf stark politisierte Bürger und reformunwillige Eliten, sondern auch auf eine extrem geringe Bereitschaft aller politischen Lager bei grundlegenden Fragen Kompromisse zu schließen.

War nun alles in allem die Demokratiegeschichte der Zwischenkriegszeit eine Misserfolgs- oder eine Erfolgsgeschichte?<sup>39</sup> Eine Antwort auf diese Frage muss ausgewogen ausfallen. Die demokratische Achsenzeit nach dem „Großen Krieg“ ist bei näherer Betrachtung weder eine reine Erfolgs- noch eine reine Krisengeschichte. Sie beinhaltet in dichter zeitlicher Abfolge sowohl Momente des Triumphes als auch des Desasters der Demokratie.<sup>40</sup> Lange hatte sich viel zu einseitig in der Betrachtung die Zwischenkriegszeit bloß als eine Zeit der tiefen Krisen der Demokratie eingebrannt. Vernachlässigt wurde dabei, dass sich erst während und vor allem in der Folge des „Großen Kriegs“ von 1914 bis 1918 die Demokratie als liberale und soziale Demokratie vollständig ausbildete. Allerdings sollte man auch die positiven Elemente der Demokratiegeschichte zwischen den

39 In Deutschland wird derzeit debattiert, wie sich der Sturz der Weimarer Demokratie angemessen in eine transnationale Demokratiegeschichte integrieren lässt. Vgl. u. a. Steffen Kailitz, Demokratie und Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik in international vergleichender Perspektive. Eine Replik auf den Beitrag von Tim B. Müller. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 63 (2015) 3, S. 437–451; Tim B. Müller, Krieg und Demokratisierung. Für eine andere Geschichte Europas nach 1918. In: Mittelweg 36, 4 (2014), S. 30–52; Tim B. Müller, Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien, Hamburg 2014; ders./Adam Tooze (Hg.), Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2015; Roman Köster, Keine Zwangslagen? Anmerkungen zu einer neuen Dabatte über die deutsche Wirtschaftspolitik in der großen Depression. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 63 (2015) 1, S. 241–257.

40 Die programmatische Perspektive dieses ambivalenten Blicks auf die Demokratiegeschichte der Zwischenkriegszeit wird in dieser Einleitung nur kurz angerissen. Entfaltet wird sie in dem folgendem Beitrag des Herausgebers (Nach dem „Großen Krieg“ – vom Triumph zum Desaster der Demokratie 1918/19 bis 1939).

Kriegen nicht einseitig überbetonen, wie dies Tim B. Müller in seinem Versuch der „Revision“ der Demokratiegeschichte der Zwischenkriegszeit vornimmt.<sup>41</sup> Die Zwischenkriegszeit war nämlich auch das Laboratorium, in dem neue und erfolgreiche – autoritäre und (keineswegs nur) totalitäre – Gegenentwürfe zur liberalen Demokratie erfunden und verwirklicht wurden.

Geschichte wiederholt sich nicht. Das bedeutet aber nicht, dass der Blick auf die Vergangenheit keinerlei Wert für die Betrachtung der Gegenwart hat. Vorsichtige Lehren aus dem Verlauf der Achsenzeit der Demokratie für die Gegenwart zu ziehen, bedarf vor allem eines weiten vergleichenden Blicks auf die Vielfalt der Demokratieentwicklungen jener Zeit. Legt man diese Messlatte an, stehen die bisherigen Lehren aus der ersten fundamentalen Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit bislang auf unzureichendem Grund. Die bisherige Demokratieforschung zur Zwischenkriegszeit hat sich, wenn es um Lehren aus der Geschichte ging, viel zu stark vom Blick auf die nationalsozialistische Machtübernahme in Deutschland leiten lassen. Die Demokratieentwicklung in sogenannten semiperipheren<sup>42</sup> Staaten im Süden und Osten Europas wie etwa Griechenland oder Polen wurde sträflich vernachlässigt, obgleich Erkenntnisse aus ihrer Entwicklung auf heutige „semiperiphere“ Demokratien übertragbar erscheinen. Selbst das Scheitern der Demokratie in Italien oder Österreich wurde bislang nur selten systematisch – unter Einbezug des Blicks auf die Strukturen und das Verhalten aller zentralen Akteure – detailliert unter die Lupe genommen. Durch die Konzentration auf Deutschland entsteht aber ein Bild von der Zwischenkriegszeit, in dem Demokratien in einem „Zeitalter der Extreme“<sup>43</sup> von extremistischen Bewegungen niedergedrückt wurden.<sup>44</sup> Dies ist zwar durchaus ein sehr wichtiger Teil des historischen Bildes, aber doch nur ein Ausschnitt. Wer nur diesen Ausschnitt starr beleuchtet, übersieht, dass die meisten Demokratien eben nicht durch klar extremistische Kräfte gestürzt werden, sondern durch den demokratisch legitimierten und ideologisch in der Regel eher in einer Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus siedelnden Regierungschef oder durch das Militär, das in einer Staatskrise eingreift.

41 Zur Kritik an der Deutung Tim B. Müllers vgl. ausführlicher Kailitz, Demokratie und Wirtschaftspolitik.

42 Vgl. u. a. Nicos P. Mouzelis, *Politics in the Semi-periphery: Early Parliamentarism and Late Industrialisation in the Balkans and Latin America*, Houndmills 1986.

43 Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Darmstadt 1994.

44 Tatsächlich gelang es kommunistischen Kräften in der Zwischenkriegszeit im Unterschied zu Faschisten und Nationalsozialisten keine einzige Demokratie zu stürzen. Allerdings trug ihr Wirken erheblich zur gesellschaftlichen Polarisierung in einer Reihe von Demokratien bei.

Die Lehre daraus ist überaus unbequem. Wer propagiert, die Nation oder auch die Demokratie vor Kommunisten, Faschisten oder – wie etwa um den Bogen zur Gegenwart zu schlagen – vor Islamisten retten zu wollen und die Nation zu neuer Größe führen zu wollen, dem darf keineswegs blind vertraut werden. Zwischen 1918/19 und 1939 wurden Putschge gegen die Demokratie fast immer damit gerechtfertigt, dass sie Gefahren für den Staat und/oder die Nation und/oder die Demokratie abwenden sollten. Nun kann ein rechtspopulistischer – zu den Grundfesten der Demokratie wie etwa der Gewaltenteilung ambivalent eingestellter – US-Präsident wie Donald Trump in einer etablierten Demokratie wie den USA in normalen Zeiten keineswegs nach Belieben schalten und walten. Was aber, wenn ein islamistischer Terroranschlag vom Ausmaß des 11. September 2001 oder auch „nur“ vom 13. November 2015 erfolgt? Eine zentrale Lehre aus der Demokratieggeschichte der Zwischenkriegszeit für die Gegenwart ist, dass während der Präsidentschaft eines Rechtspopulisten eine akute Gefahr besteht, dass in einem solchen „Notfall“ die Demokratie im Namen der Wiedererlangung der Sicherheit von Nation und Staat gestürzt wird.<sup>45</sup>

„Nach dem Versagen der liberalen Demokratie blüht uns nun ein autoritäres Zeitalter“, verkündete Jakob Augstein kurz nach dem Wahlsieg Trumps.<sup>46</sup> Ebenso wenig wie es aber 1990 an der Zeit war, einen weltweiten Sieg der Demokratie in die Welt zu trompeten, ist es ganz und gar voreilig der liberalen Demokratie ihr Totenglöcklein zu läuten. Die Zukunft der Demokratie ist offen.<sup>47</sup> Sie war es 1918, 1990 und sie ist es heute. Zwar erscheinen derzeit weitere Rückschritte der Demokratie in den nächsten Jahren durchaus wahrscheinlich. Es ist aber auch nicht auszuschließen, dass der gegenwärtige Siegesmarsch der Rechtspopulisten als Reaktion eine neue Welle der demokratischen Mobilisierung auslöst.<sup>48</sup> Viel hängt in den kommenden Jahren davon ab, wie liberale Demokraten weltweit auf die autoritäre Herausforderung reagieren. Das wirksamste Bollwerk gegen die Entdemokratisierung, dies rufen die Beiträge dieses Buches in Erinnerung, ist eine demokratische Zivilkultur belebt von Demokraten, die visionäre Zukunftsideen haben. Für einen agilen Optimismus der Demokraten im Kampf für die Demokratie gibt es noch immer mehr Anlass

45 Vgl. Steffen Kailitz, Gefahren durch Extremismus, Gefahren im Umgang mit Extremismus - Beobachtungen aus der Hochphase des „Zeitalters der Extreme“ (1919–1939). In: Zeitschrift für Politikwissenschaft. Sonderband 2015: Wie gefährlich ist Extremismus? Gefahren durch Extremismus, Gefahren im Umgang mit Extremismus. Hg. von Eckhard Jesse, S. 115–136.

46 Vgl. Jakob Augstein, US-Wahl: Trump des Willens. In: Spiegel Online vom 11.11.2016.

47 Die Offenheit der Geschichte zeigt sich nicht zuletzt am Scheitern von Prognosen. Bekanntlich wurden 2016 etwa fälschlich noch bis zum Vortag der Entscheidungen ein mehrheitliches Votum der Briten gegen den Brexit und die Wahl Hilary Clintons zur US-Präsidentin vorhergesagt.

48 Eine abwägende Erörterung der Zukunftsperspektiven der Demokratie bietet Larry Diamond, Democracy After Trump. Can a Populist Stop Democratic Decline? In: Foreign Affairs vom 14.11.2016.



als für einen letztlich nur phlegmatisch machenden Pessimismus. Nach wie vor ist die Modernisierungstheorie<sup>49</sup>, die in ihrer geläuterten Variante von einem holprigen und keineswegs bruchlosen langfristigen Trend in Richtung von mehr Demokratie ausgeht, keineswegs widerlegt. Ob die Zukunft der Demokratie eine Erfolgs- oder eine Misserfolgsgeschichte wird, hängt vom Handeln von Menschen und damit auch von dem Handeln aller Lesern dieses Buchs ab. Nichts in der Geschichte der Menschheit ist alternativlos vorherbestimmt.

Abschließend danke ich allen Autorinnen und Autoren dieses Buches und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Hannah-Arendt-Institut, die an seiner Erstellung mitgewirkt haben, namentlich Uwe Backes, Magdalena Daller, Ilona Görke, Julia Herrmann, Darya Kulinka, Kristin Luthardt, Sonja Neumann, Thomas Riedel, Carina Schatten, Saskia Weise-Pötschke und Janis Wendland, darüber hinaus allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung „Nach dem ‚Großen Krieg‘. Vom Triumph zum Desaster der Demokratie 1918/19 bis 1939“. Der Fritz Thyssen Stiftung gebührt Dank für die großzügige Förderung der Tagung, die den Grundstein für dieses Buch legte.

49 Vgl. etwa Christian Welzel, *Freedom Rising: Human Empowerment and the Quest for Emancipation*, Cambridge 2013.

# I.

## Vergleichende Betrachtungen